Mitglieder Ortsrat Sengwarden:

André Bents
Dierk Freymuth
Hannelore Janßen
Junker
Brigitte Klee
Thomas Lehmann
Jörg Luth
Kurt Nittel
Heinz Ross
Heinz-Jürgen Thaden
Martin Toepel
Johann Wilms

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Martin Harms
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussvorsitzender Bernhard Rech

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Horst Radmer

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Erika Lach

Dezernent

Heiko Hoff
Klaus-Dieter Kottek

von der Verwaltung

Horst Anke
Britta Dirks
Heike Hansemann
Marlies Hollmann
Stefan Pallaske

Protokollführer

Joachim Noack

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Hartmut Heydinger

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ausschussmitglied Joachim Ender

Fachbereichsleiter

Anton Englisch
Michael Witt

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschriften vom 07.09.2009, 29.09.2009 und 19.10.2009
3 Genehmigung der Tagesordnung
4 Vorlagen an den Rat
4.1 Bebauungsplan Nr. 191
-Bauens / Memershausen-
Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
4.2 Bebauungsplan Nr. 46 / 5. Änderung
-Lenauweg-
Aufstellungsbeschluss
4.3 Bebauungsplan Nr. 46 / 6. Änderung
-Lenauweg-
Aufstellungsbeschluss
4.4 Bebauungsplan Nr. 56 / 3. Änderung
-Neuengroden Nord (Kreierei)-
Aufstellungsbeschluss
5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
5.1 Bebauungsplan Nr. 46 / 5.Änderung
-Lenauweg-
Beschluss über die Art der frühzeitigen Bürgerbeteiligung
6 Mitteilungen und Anfragen
6.1 Sanierung "Westl. Südstadt" - Sachstand -
6.2 Baugebiet Aldenburg-Nord
Fuß- und Radwegeverbindung
6.3 Radverkehrskonzept
6.4 Haushalt
7 Öffentliche Anhörungen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Rech** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des APB fest.

Herr **Nittel** eröffnete die Sitzung des Ortsrates Sengwarden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ortsrates fest.

2 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschriften vom 07.09.2009, 29.09.2009 und 19.10.2009

Herr **Radmer** wies darauf hin, dass in dem Protokoll vom 07.09.2009 ein Fehler vorliege, da er bei der Sitzung anwesend war, nicht aber bei den Anwesenden mit genannt wurde.

Zu TOP 6.1. der Sitzung des APB vom 07.09.2009 ergänzte Herr Radmer, dass er in der Diskussion zu diesem Top zu verstehen gegeben habe, dass er mit einer Sperrung der Straße am tiefen Fahrwasser nicht einverstanden ist.

(Die Änderungen wurden bereits im RIS eingearbeitet.)

Die Niederschriften der öffentlichen Teile der Sitzungen des APB vom 07.09.2009, 29.09.2009 sowie 19.10.2009 wurden einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde vom APB wie auch vom Ortsrat Sengwarden einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bebauungsplan Nr. 191
-Bauens / Memershausen-
Behandlung der Stellungnahmen und
Satzungsbeschluss

Herr **Kottek** führte in das Thema ein.

Frau **Junker (Büro Diekmann & Mosebach)** stellte die Vorlagen ausführlich vor.

Herr **Lehmann** (Ortsrat Sengwarden) fragte bezüglich des beabsichtigten Neubaus einer Windkraftanlage der DEWI und des bereits jetzt überschrittenen Grenzwertes für Lärmemissionen. Er fragte, ob es richtig sei, dass die Grenzwerte hier um 8.5 db erhöht worden seien.

Frau **Junker** erwiderte, dass hinsichtlich der Lärmemissionen auch die außerhalb des Plangebietes befindlichen Windenergieanlagen Berücksichtigung fanden und ein Neubau erst in Betracht kommt, wenn andere Anlagen abgeschaltet würden.

Herr **Kottek** ergänzte, dass DEWI in diesem Bereich eine zusätzliche Anlage errichten will, die durchaus auch Bedeutung für den Bereich Forschung und Technik in Wilhelmshaven sowie die Fachhochschule haben könnte. Der Betrieb einer weiteren Anlage würde tagsüber keine Probleme bereiten, hingegen aber in der Nacht. Es müssen also Möglichkeiten gesucht werden, wie man einen Betrieb in der Nacht geräuschärmer gestalten kann, d.h. nicht mit voller Leistung, bis die anderen Anlagen abgeschaltet werden. Hier laufen noch die entsprechenden Verhandlungen zwischen DEWI und dem OB.

Bezüglich der Erhöhung der Grenzwerte für Lärmemissionen erklärte Frau **Junker**, dass es sich hierbei um eine „Wenn-Dann"-Regelung handle. Dies bedeutet, dass bei Freiwerden entsprechender Lärmkontingente durch Abschalten der älteren Anlagen die Grenzwerte für Nachts entsprechend angehoben werden können.

Herr **Freimuth** (Ortsrat Sengwarden) fragte, ob die Baustraße in diesem Bereich auch für den landwirtschaftlichen Verkehr nutzbar sei. Dies wurde bejaht, da es sich um eine öffentliche Straße handelt.

Herr **Nittel** bat den Ortsrat um Abstimmung.

Der Ortsrat Sengwarden beschließt mit 10 JA-Stimmen bei 1 Enthaltung:

Herr **Rech** bat den Ausschuss um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Zt. geltenden Fassungen den

Bebauungsplan Nr. 191
– Bauens / Memershausen –

als Satzung.
Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblätter) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls Die Begründung in der Fassung vom 23.10.2009 mit den Angaben nach § 2 a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 8 des Baugesetzbuches beigefügt.

Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen sowie des Ortsrates Sengwarden wurde daraufhin beendet.

4.2 Bebauungsplan Nr. 46 / 5. Änderung
-Lenauweg-
Aufstellungsbeschluss

Herr **Witt** stellte die Vorlage ausführlich vor.

An der darauffolgenden Diskussion über die Lärmemissionen sowie die Art der Wohngebiete beteiligten sich Herr Radmer, Herr Schmidt, Herr Kempcke, Herr Rech und Herr Witt.

Herr **Rech** bat den Ausschuss um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetztes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 46 5. Änderung
– Lenauweg –

gem. Vorlage.

4.3 Bebauungsplan Nr. 46 / 6. Änderung
-Lenauweg-
Aufstellungsbeschluss

Herr **Witt** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Rech** bat den Ausschuss um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetztes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 46 6. Änderung
– Lenauweg –
im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

4.4 Bebauungsplan Nr. 56 / 3. Änderung
-Neuengroden Nord (Kreierei)-
Aufstellungsbeschluss

Herr **Witt** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Radmer** fragte, ob der Spielplatz von den Anwohnern bezahlt wurde. Dies wurde verneint.

Herr **Rech** bat den Ausschuss um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetztes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 56 3. Änderung
– Neuengroden Nord (Kreierei) –
im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Bebauungsplan Nr. 46 / 5.Änderung
-Lenauweg-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Bürgerbeteiligung

Herr **Rech** bat den Ausschuss um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 53 Abs. 1 des Baugesetzbuches für den

Bebauungsplan Nr. 46 5. Änderung
– Lenauweg –

in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit der Städtischen Bauverwaltung durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Sanierung "Westl. Südstadt" - Sachstand -

Herr **Winde** erläuterte ausführlich die Finanzplanung für das Sanierungsgebiet „Westliche Südstadt“. Diese stellt sich wie folgt dar:

Gesamtfinanzierung Projekt „Soziale Stadt“ 2001 - 2009

	Städtebauförder-mittel	EFRE
Summe weitere Vorbereitung der Sanierung	1.646.200 €	
Summe der Ausgaben für Ordnungsmaßnahmen	1.952.000 €	996.000 €
Summe der Ausgaben für Baumaßnahmen (Modernisierungen)		1.266.500 €
Summe der Ausgaben insgesamt bis 30.09.2009		**4.864.700 €**
Gesamtbruttokostenrahmen bis einschl. Planungsjahr 2009 / Haushaltsjahr 2013		8.984.112 €
Verbleibende Restmittel		**4.119.412 €**
Davon vertraglich gebundene Mittel bis 2010 (davon für Modernisierungen 1.100.000 €)	1.200.000 €	
Freie Finanzierungsmittel	2.919.412 €	
Freie Finanzierungsmittel gerundet	**2.919.000 €**	

Geplante Maßnahmen gem. Investitionsprogramm bis 2012:

Ordnungsmaßnahme Remondis und 1. Bauabschnitt Straße am Handelshafen	1.360.000 €
Wohnumfeld Seediekstraße (neues Pflegeheim, Erschließungsmaßn.)	220.000 €
Wohnungsmodernisierung 2011 und 2012	1.692.000 €
Ausbau Straße am Handelshafen 2. Bauabschnitt	1.617.000 €
Summe der geplanten Maßnahmen	**4.889.000 €**
Programmanmeldung 2010	1.296.000 €
Programmanmeldung 2011 und 2012 (Anteil HH 2011/2012)	674.000 €
Summe der Programmanmeldungen:	**1.970.000 €**

Herr **Schmidt** fragte, ob aufgrund der aktuell verhängten Haushaltssperre die Gefahr besteht, dass Mittel nicht freigegeben werden.

Herr **Winde** antwortete, dass bei Beantragung der Mittel im nächsten Jahr durchaus diese Möglichkeit besteht. Seitens des Landes wie auch des Bundes wird jedoch die Meinung vertreten, dass die Stadt verpflichtet ist, auch ihren Anteil an Mitteln im Rahmen einer laufenden Sanierung freizugeben. Dies ergibt sich so auch aus den Städtebauförderrichtlinien.

Herr **Schmidt** fragte weiter nach dem Sachstand hinsichtlich der Bahnlinie am Handelshafen.

Herr **Winde** erwiderte, dass dieses Problem weiterhin besteht. Der Anschlussvertrag der DB läuft bis 2011, dann muss die Entscheidung getroffen werden, ob ein Anschlussnehmer aus dem Nordhafen oder der Südwestkaje weiterhin auf dem Anschluss an dem Westgleis besteht. Sollte dies der Fall sein muss derjenige dann auch das Gleis und die damit verbundenen Kosten von der Bahn übernehmen.

Herr **Kottek** ergänzte auf Nachfrage von Herrn **Schmidt**, dass man bis Ende 2011 abwarten müsse, ob die Bahn weiter das Gleis betreibt oder ob dies dann in Privathand liegt bzw. überhaupt nicht mehr gebraucht wird. Sollte das Gleis nicht mehr benötigt werden oder sich der Betrieb in Privathand befinden, so sei man nicht mehr an die hohen technischen Bedingungen der Bahn gebunden bzgl. Abstände, Bahnübergängen etc., die mit dem Neubau von Bahnstrecken verbunden sind. Das Problem war, dass für den in Frage stehenden Abschnitt von etwa 300 m Länge der Standard von Neubauplanungen gelten soll. Sofern das Gleis in Privathand ist, gilt dieser Standard nicht.

Herr **Schmidt** wies auf die Notwendigkeit der Erschließung des Gebietes durch die Straße am Handelshafen hin, da sonst eine vernünftige Vermarktung der Gewerbeflächen kaum möglich ist.

Herr **Hellwig** führte aus, dass bis zum Bau des Nordgleises, für welches die Finanzmittel noch nicht bereitstehen, die Betreiber der verschiedenen Kaje kaum auf den Anschluss an das Westgleis verzichten werden, da sie sonst in der Vermarktung der Liegeflächen Schwierigkeiten befürchten.

Herr **Kottek** erwiderte, dass das Gleis nun seit mehreren Jahren nicht mehr benutzt und auch der Bestandsschutz irgendwann enden werde. Es ist nicht möglich, mit einem rein theoretischen Anspruch die Entwicklung in der Südstadt zu behindern. Hier sind in jedem Falle noch die entsprechenden Gespräche zu führen.

Herr **Winde** erläuterte im Weiteren, dass die Flächen des Nebengleises (4 Abschnitte zu insges. ca. 3.500 m²) zu einem Preis von 1.500 € von der Bahn erworben wurden. Das Nebengleis kann nun entfernt werden und die Umsetzung des Straßenentwurfs darauf folgen. Anhand einer Karte erklärte er die Planung der Straße in diesem Bereich (zwischen Luisenstraße und Deichstraße) sowie die bisher durchgeführten Ordnungsmaßnahmen sowie Modernisierungsmaßnahmen:

Anzahl der bautechnischen Voruntersuchungen	43	
Davon zurzeit noch laufend	10	
Modernisierungsverträge insgesamt	57	
Abgeschlossene und bereits abgerechnete Modernisierungen		37
Noch laufende Modernisierungsmaßnahmen	20	

Zum Stadtumbaugebiet erläuterte Herr **Winde** wie folgt:

Beschluss über das städtebauliche Entwicklungskonzept: 21.03.2007
Festlegung des Stadtumbaugebietes: 16.04.2008
Aufnahme in das Landesprogramm Stadtumbau West:
Programmjahr 2008 mit 600.000 € an Stadtumbaumitteln (Bewilligungsbescheid vom 18.08.08)
Programmjahr 2009 mit 600.000 € an Stadtumbaumitteln (Bewilligungsbescheid vom 16.06.09)
Einzelmaßnahmen:

- Masterplan Wiesbadenbrücke (Prof. Schomers) Anfang 2009 abgeschlossen

- Vorbereitung eines städtebaulichen Architekten- und Investorenwettbewerbs für 2009/2010 zur Neuordnung des Bereichs Wiesbadenbrücke im Kooperation mit dem Eigentümer (BIMA) seit Februar 2009
- Zurzeit erfolgt dafür die Erfassung und Ermittlung der dazu notwendigen Ordnungsmaßnahmen (*Umsiedlung der Sauerstoffabfüllanlage und Neuordnung des oberirdischen Teils der magnetischen Messstelle)* und der damit verbundenen Kosten
- Zur Sicherung des Wettbewerbsgebietes Wiesbadenbrücke wurde eine Sanierungssatzung im vereinfachten Verfahren zum 25.04.2009 erlassen
- Die Entwurfsplanung für die Umgestaltung der Jadeallee zur zentralen Flaniermeile im Stadtumbaugebiet ist durch Ratsbeschluss am 17.06.2009 abgeschlossen worden. Der EFRE-Bewilligungsbescheid lag dafür am 10.09.2009 vor. Der Mittelfreigabeantrag erfolgte am 15.09.2009
- Die Ausführungsplanung und Realisierung ist in vier Bauabschnitten von 2009 an bis Ende 2011 vorgesehen. Diese Maßnahme hat Priorität im Stadtumbaugebiet und wird mit EFRE-Mitteln aus S4 „Entwicklung Städtischer Gebiete“ in Höhe von 942.500 € und aus Stadtumbaumitteln in Höhe von 1.092.500 € finanziert.

Das Fördervolumen der Umgestaltung Jadeallee beläuft sich damit auf etwa 5/6 der Gesamtkosten. Die Co-Finanzierung der Stadt Wilhelmshaven beläuft sich damit lediglich auf 1/6 der Gesamtkosten.
Herr **Schmidt** zog den Focus wieder auf die seines Erachtens nach grundsätzlich erforderliche Gesamtbetrachtung des Projektes. Hier wird von Seiten der Bürger deren mangelnde Beteiligung an der Planung bemängelt.
Herr **Barkowsky** fragte, ob es für das ehemalige Gründerzentrum bereits eine mögliche Nachnutzung oder sonstige Pläne gebe.
Herr **Winde** antwortete, dass hier bisher nichts bekannt sei, allerdings sei eine Vermarkung auch schon aufgrund der dort vorzufindenden Raumhöhen schwierig.

6.2 Baugebiet Aldenburg-Nord
Fuß- und Radwegeverbindung

Herr **Pallaske (84-03)** erläuterte die aufgrund der geplanten Neubebauung die künftige Radwegeführung. Danach fällt kein Radweg weg, sondern es findet lediglich eine teilweise Verlegung in nördlicher Richtung statt sowie eine Verschmälerung aufgrund des notwendigen Pflegebedarfs zum Erhalt des Weges.

6.3 Radverkehrskonzept

Herr **Radmer** fragte, wann das nun vorliegende Radverkehrskonzept hier im Ausschuss vorgestellt und evtl. dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Herr **Witt** erklärte, dass das Konzept derzeit noch in der Verwaltung und insbesondere der Verwaltungsspitze noch beraten wird.

Herr **Kottek** ergänzte, dass das Konzept im Februar 2010 im APB vorgestellt wird. Derzeit laufe noch die interne Abstimmung, dann müsse das sehr umfangreiche Konzept im Verwaltungsvorstand noch beraten werden.

Herr **Radmer** wandte ein, dass er das Konzept so wie von den dafür beauftragten Experten erstellt vorgestellt haben möchte.

Herr **Kottek** erwiderte, dass es eine Vorlage der Verwaltung wird und daher der Verwaltungsvorstand diese auch zu beraten habe. Im Januar folgen die Klausurtagungen, mit denen sich der APB im Januar dann auch ausschließlich beschäftigen wird, so dass es früher nicht möglich sein wird. Möglicherweise kann das Konzept bereits zur Klausurtagung verteilt werden.

6.4 Haushalt

Herr **Schmidt** fragte, welche Maßnahmen aufgrund der Haushaltssperre nicht durchgeführt werden.

Herr **Witt** sagte, dass man zurzeit noch in Verhandlungen mit der Kämmerei sowie den Zentralen Diensten stehe, um die schon Anfang des Jahres hier im Ausschuss diskutierten 2 Stellen im Fachbereich Stadtplanung (Bauleitplanung). Er gehe aber davon aus, dass man hier zu einem positiven Ergebnis kommen werde. Ansonsten sähe es so aus, dass ab 2010 bezüglich der Bauleitplanung aber auch anderer Planungen werde zurückstecken müssen, da dies aus Kapazitätsgründen sonst nicht möglich wäre.

7 Öffentliche Anhörungen

7.1. Situation am Fliegerdeich / Südstrandstraße

Herr **Klaus Halbach** (Anwohner des Helgolandhauses) beschwerte sich über die Situation in der Südstrandstraße sowie am Fliegerdeich. Zum einen werden dort seines Erachtens nach zu wenig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt, die Straße wird von vielen Verkehrsteilnehmern eher als Rennstrecke benutzt. Zudem wird die Südstrandstraße als Verkehrsumgehung über die KW-Brücke bis zur Emsstraße hin verwendet, wohl aufgrund der Verkehrsberuhigung in der Rheinstraße (Tempo-30-Zome). Es sei nicht möglich, die Schlafräume in Richtung der Südstrandstraße zu legen, da ein ruhiges Schlafen hier nicht möglich sei, da spätestens ab etwa 5 Uhr morgens der Verkehr extrem zunehme. Es ist nicht einzusehen, dass am Marinemuseum die 30-er-Zone ende und erst an der Deichbrücke wieder beginne. Hier wäre es doch angeraten, den gesamten Bereich der Südstrandstraße als 30-er-Zone auszulegen. Von 1996 bis 2003 habe es diesbezüglich der Bewohner des Helgolandhauses unzählige diesbezügliche Bemühungen gegeben, die aber alle im Sande verlaufen sind. Auch auf dem Fliegerdeich wird bis tief in die Nacht mit Fahrzeugen hin- und hergefahren, Stereoanlagen in den Fahrzeugen bis zum Anschlag aufgedreht. Die dadurch resultierende Lärmbelästigung der Anwohner ist absolut unzumutbar. Der Fliegerdeich selbst verkommt immer mehr zum abendlichen und wochenendlichen Motodrom, und Bitten der Anwohner, die Musikanlagen leiser

zu stellen bzw. den Lärm zu reduzieren stießen bei den dort anwesenden Personen grundsätzlich auf wenig Gehör, im Gegenteil wurden Anwohner auch bereits bedroht. Ebenso ist es ein Unding, dass auf dem Abstellplatz für Wohnmobile (das Abstellen ist für led. 24 Stunden erlaubt) Fahrzeuge mehrere Wochen stehen und dort entsprechende Partys gefeiert werden. Auf ein wirksames Eingreifen der Polizei wartet man vergeblich. Diese dauernde Lärmbelastung insbesondere an Wochenenden und während der Nachtstunden sei nicht mehr zu ertragen und hier müsse seitens der Stadt nun endlich etwas getan werden. Wenn es der Stadt nicht gelingen sollte, dort für Ruhe und die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften zu sorgen, so muss dafür gesorgt werden, dass der Deich geschlossen wird für jeglichen Verkehr.

Herr **Rech** bedankte sich für die Ausführungen und stimmte zu, dass hier Konsequenzen erforderlich sind. Es wird allerdings schwierig werden, dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung durchzusetzen, da die Straße, finanziert vom Bund, Zufahrtsstraße zur 4. Einfahrt ist für Schwerlastverkehr.

Herr **Schmidt** erklärte, dass man hier heute keine Lösung finden werde, man das Thema aber nicht aus den Augen verlieren dürfe, da hier wirklich Handlungsbedarf gegeben ist, wovon er sich auch bereits selbst überzeugt habe, und es dürfe auch nicht an unklaren Zuständigkeiten scheitern.

Herr **Hellwig** wies darauf hin, dass man auch nicht vergessen sollte, dass dieser Bereich für die ganze Stadt eine Naherholungs-Funktion erfüllt, und dass Anwohner dort damit rechnen müssen, dass gerade im Sommer dort große Menschenmassen anzutreffen sind, was natürlich auch mit einem entsprechenden Verkehrsaufkommen verbunden ist. Dies hat natürlich nichts zu tun mit den abendlichen und nächtlichen Geräuschbelästigungen, hiergegen müsse man natürlich vorgehen.

Frau **Lach** erklärte, dass auch ihr schon entsprechende Beschwerden insbesondere über Motorradfahrer zugetragen worden sind. Die Verkehrssituation in diesem Bereich stellt eine große Belastung für die Anwohner dar. Geht man nun davon aus, dass am Banter See eine weitere Erholungsoase geschaffen werden soll, so erhöht sich die Belastung noch entsprechend, was bedeutet, dass man hier dringend tätig werden muss.

Herr **Barkowsky** führte aus, dass man im Allgemeinen in dieser Stadt sehr vorsichtig mit Lärmemissionen umgeht. Die hier beschriebenen Belastungen allerdings sind nicht hinnehmbar und man wird dem nur Herr werden, wenn man die dafür Verantwortlichen zur Kasse bittet, d.h. es muss stärker kontrolliert und dann auch die entsprechenden Verwarn- und Bußgelder verhängt werden. Es spricht sich in Wilhelmshaven im Allgemeinen sehr schnell herum, wo öfters bzw. laufend kontrolliert wird, und in diesen Bereichen hat man es auch erreicht, dass die Straßenverkehrsvorschriften überwiegend eingehalten werden.

Herr **Kempcke** verwies darauf, dass es sich hier eigentlich um zwei Themen handle, zum einen die Verkehrssituation auf der Südstrandstraße und zum anderen die Lage auf dem Fliegerdeich. Er führte aus, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass auf privat bewirtschafteten Campingplätzen nicht zu derartigen dauernden Ausschreitungen komme, da dort für entsprechend Ruhe gesorgt werde. Dennoch werde man das Problem heute nicht lösen können.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung Uhr

Unterschrift Dezernent	Unterschrift Vorsitzende/r	Unterschrift Protokollführer/in

Dateiname: 9595.15346.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 11/2009
Thema: Sitzungsdatum 10.11.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Sitzungszimmer Technisches Rathaus, Rathausplatz 9, 26382 Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 03.12.2009
Erstelldatum: 03.12.2009 09:09:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 03.12.2009 09:09:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 03.12.2009 09:09:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 11
Anzahl Wörter: 3.558 (ca.)
Anzahl Zeichen: 22.417 (ca.)